

## Sitzungsprotokoll

über die am Donnerstag, dem 12. Dezember 2019 um 18.00 Uhr im Rathaus abgehaltene

26. Gemeinderatssitzung.

Beginn: 18.05 Uhr

Ende: 19.51 Uhr

Anwesend: Bgm. Hans-Jürgen Resel  
Vizebgm. Maria Gruber  
GGR Franz Schönbichler  
GGR Josef Motusz  
GGR Mag. (FH) Gudrun Haas  
GGR Erich Wolf  
GR Stefan Riegler-Nurscher  
GR Ing. Helmut Berger  
GR Anton Emsenhuber  
GR Johannes Baumgartner  
GR Dipl.-Ing. Erich Radlbauer  
GR Ing. Harald Hömstreit  
GR Johann Huber  
GR Herbert Enigl  
GR Ernst Riedl  
GR Hermann Buresch  
GR Prof Dr. Josef Lueger

Vorsitz: Bgm. Hans-Jürgen Resel

Entschuldigt: GR Jürgen Novogoratz  
GR Gerhard Dragovits  
GR Natalie Fuchs  
GR Alexander Mika

Unentschuldigt: -

Schriftführer: VB Franz Prankl

Die Sitzung ist beschlussfähig. Die Sitzung ist öffentlich.

### Tagesordnung

#### Öffentliche Sitzung:

- 01 Entscheidung über Einwendungen gegen das letzte Sitzungsprotokoll.
- 02 Änderung örtliches Raumordnungsprogramm.
- 03 Güterweg Grimmegg.
- 04 Klimabündnisgemeinde.
- 05 Streunerkatzen-Kastrationsaktion.
- 06 Ankauf Drehleiter.
- 07 Haushaltsrücklagen.
- 08 Voranschlag für das Haushaltsjahr 2020.
- 09 Bericht Gebarungsprüfung.
- 10 Subventionsansuchen.

**Nichtöffentliche Sitzung:**

- 11 Personalangelegenheiten.
- 12 Löschungserklärung.

**Erledigung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, zu der die Einladung rechtzeitig mittels Kurrende ergangen ist. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates sowie die erschienenen Zuhörer und Vertreter der Presse.

Bgm. Resel berichtet eingangs über die Dringlichkeitsanträge von GR Riedl:

**Öffentliche Sitzung:**

- .) **Anfragen an den Bürgermeister.**
- .) **Solidaritätsbeitrag Marktplatz.**

**Begründung:**

Anfragen an den Bürgermeister oder Gemeindevorstand sind oft sinnvoll und informativ. Es erlaubt auch kleinen Fraktionen an Entscheidungen mitzuwirken.

Der Gemeinderat hat im Laufe der Marktplatzgestaltung die Kostenvorgabe und das Budget kräftig überzogen, daher ist es reell den Jännerbezug der Gemeinderäte für die Schuldentrückzahlung zu verwenden. Es haben nur 1 bis 3 Gemeinderäte immer gegen die erhöhten Ausgaben gestimmt.

**Beschluss**

Diese Tagesordnungspunkte werden als TOP 10.a) und 10.b) in die öffentliche Sitzung aufgenommen.

**Abstimmung:** Einstimmig.

Ein weiterer von Herrn GR Dr. Lueger eingebrachter Dringlichkeitsantrag – **Klimanotstand.**

**Begründung:**

Die mindestens großteils durch menschliche Aktivitäten hervorgerufene Klimaerwärmung ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Ein ungehemmtes Fortschreiten dieser Entwicklung wird unser künftiges Leben gravierend beeinträchtigen und zieht zahlreiche nachteilige Folgen nach sich wie etwa Todesfälle durch Überhitzung, Artensterben, Wirtschaftskrisen, Einbußen an Lebensqualität etc.

Österreich wird aller Voraussicht nach die international vereinbarten Klimaziele verfehlen und riskiert bei einer Fortsetzung seiner klimaschädlichen Politik hohe Strafzahlungen, die uns alle zusätzlich belasten werden. Eine Fortsetzung dieser Politik ist sozial unverträglich und umweltfeindlich.

Die Gemeinden haben im eigenen Wirkungsbereich viele Möglichkeiten, der dramatischen Klimaerwärmung entgegenzuwirken. Einige Gemeinden haben dem durch Ausrufung des Klimanotstands bereits Rechnung getragen. Auch die Marktgemeinde St. Leonhard muss ihren Beitrag dazu leisten. Ein eventueller Beitritt der Marktgemeinde St. Leonhard zum „Klimabündnis“ ist wünschenswert, aber unzureichend. Obwohl schon über 950 Gemeinden dem Klimabündnis beigetreten sind, steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter an. Wie in den Vorjahren ist auch 2017 der Treibhausgas-Ausstoß gestiegen – und nicht gesunken, wie es unsere Verpflichtung wäre. Offizielle Daten für das Jahr 2018 wurden bisher nicht bekanntgegeben. 2018 war in Österreich das wärmste Jahr der Messgeschichte. 2019 waren ebenfalls Rekordtemperaturen zu verzeichnen. Eine Trendumkehr ist jedenfalls nicht in Sicht. Erstmals in der 24. Gemeinderatssitzung habe ich einen weitgehend gleichlautenden Dringlichkeitsantrag gestellt. Er wurde nur von mir (Bürgerliste) befürwortet, alle anderen Gemeinderäte haben ihn abgelehnt oder sich der Stimme enthalten. In der darauf folgenden 25. Gemeinderatssitzung erhielt der Antrag bereits 5 JA-Stimmen (1 Bürgerliste, 2 SPÖ, 2 ÖVP), wurde aber mit 9 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen wieder abgelehnt.

Konsequent und einheitlich dagegen war lediglich die FP-Fraktion. Seither hat sich die Bedrohung noch weiter verschärft (wärmster Oktober der Messgeschichte, Waldbrände im Amazonasbecken und in Australien etc. etc.). Mittlerweile haben zahlreiche Gemeinden, der Vorarlberger Landtag, der Nationalrat und das Europäische Parlament den Klimanotstand ausgerufen.

Mein Dringlichkeitsantrag Klimanotstand wurde in der Sitzung des Umweltausschusses vom 13. Nov. 2019 behandelt. Ob und ggf. welcher Beschluss dort gefasst wurde, ist unbekannt. Ein Protokoll liegt nach Auskunft des Herrn Amtsleiters noch nicht vor. Weitere Verzögerungen und Verharmlosungen sind nicht zu verantworten!

**Abstimmung:** 6 JA-Stimmen (GR Hömstreit, GGR Schönbichler, GR DI Radlbauer, GR Dr. Lueger, GR Buresch, GR Riedl),  
11 Gegenstimmen.

Dieser Dringlichkeitsantrag hat nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht und gelangt daher nicht auf die Tagesordnung.

GGR Wolf berichtet, dass dieser Dringlichkeitsantrag bereits zum dritten Mal gestellt wird und dieser in der letzten Umweltausschusssitzung behandelt wurde.

Er werde dazu beim TOP 4.) – Klimabündnisgemeinde – Stellung nehmen.

Bgm. Resel berichtet schließlich über seinen eingebrachten Dringlichkeitsantrag:

## **Nichtöffentliche Sitzung:**

### **.) Grundverkehrsangelegenheiten.**

#### **Begründung:**

Für einen Grundkauf liegt ein Grundsatzbeschluss vor. Eine Beschlussfassung des vorliegenden Kaufvertragsentwurfes ist noch erforderlich.

#### **Beschluss**

Dieser Tagesordnungspunkt wird als TOP 13.) in die nichtöffentliche Sitzung aufgenommen.

**Abstimmung:** 16 JA-Stimmen, 1 Stimmenthaltung (GR Dr. Lueger).

Weiters stellt Bgm. Resel den Antrag den TOP 2.) – Änderung örtliches Raumordnungsprogramm – von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Das raumordnungsfachliche Gutachten ist nach der Gemeinderatssitzung eingelangt. Es ist jedoch kein Nachtragsbeschluss durch den Gemeinderat erforderlich.

Weiters den TOP 5.) - Streunerkatzen-Kastrationsaktion – von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, weil noch ein Infotermin mit dem Land NÖ zur Abklärung notwendig ist.

#### **Beschluss**

Die Tagesordnungspunkte 02.) und 05.) werden von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

**Abstimmung:** 16 JA-Stimmen, 1 Stimmenthaltung (GR Dr. Lueger).

Gegen die nunmehr festgesetzte Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Zu Beginn der Sitzung wird wiederum eine Inhaltsnotiz für die Tagesordnungspunkte jedem Gemeinderatsmitglied zur Verfügung gestellt.

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Punkt 01.) – Entscheidung über Einwendungen gegen das letzte Sitzungsprotokoll.**

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen das Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung vom 28. Oktober 2019 keine schriftlichen Einwände erhoben wurden.

Das Sitzungsprotokoll gilt daher als genehmigt und wird unterfertigt.

### **Punkt 02.) – Änderung örtliches Raumordnungsprogramm.**

Von der Tagesordnung abgesetzt, weil kein Zusatzbeschluss erforderlich.

### **Punkt 03.) – Güterweg Grimmegg.**

Von der NÖ Agrarbezirksbehörde sind geänderte Projektfinanzierungsdaten übermittelt worden. Die ursprünglichen Gesamtkosten in Höhe von Euro 330.000,00 wurden angepasst auf Euro 345.000,00.

Die Gemeinde ist durch diese Erhöhung in Höhe von 15.000 Euro mit 25% Gemeindeanteil betroffen. Der Gemeindeanteil beträgt somit Euro 86.250,00.

Auf Anfrage teilt GR Riegler-Nurscher mit, dass die Kostenerhöhung verursacht wurde durch mehr Flächenanteil Asphalt. Dies in Absprache mit der Güterwege-Gemeinschaft.

#### **Antrag Bgm. Resel**

Der Gemeinderat möge die Kostenerhöhung auf Euro 345.000,00 genehmigen.

Die Gemeinde finanziert 25% der Errichtungskosten – daher erhöht sich der Gemeindeanteil geringfügig auf Euro 86.250,00.

#### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:** 16 JA-Stimmen, 1 Stimmenthaltung (GR Dr. Lueger).

### **Punkt 04.) – Klimabündnisgemeinde.**

Der Gemeinderat soll den Beitritt zur Klimabündnis-Gemeinde fassen.

Bei einem Beitritt bis 31.12.2019 übernimmt das Land NÖ 50% des Mitgliedsbeitrages für 1 Jahr.

Bgm. Resel berichtet über die Vorgespräche zu diesem Thema. Auch der Umweltausschuss hat sich mit diesem Thema befasst. Das Protokoll der letzten Sitzung dazu sei ihm erst am heutigen Nachmittag zugestellt worden. Er kenne jedoch den Inhalt nicht.

Grundsätzlich würde die Gemeinde mit dem Beitritt zur Klimabündnisgemeinde die Möglichkeit erhalten mit Experten in Workshops und einer Bürgerbeteiligung Unterstützung zur Umsetzung von lokalen Maßnahmen und Bewusstseinschaffung zum Klimaschutz erhalten.

Bgm. Resel berichtet, dass auch die Mittelschule in dieses Thema bereits eingebunden ist. Seit einigen Monaten läuft das Projekt „Mission Energie Checker“.

Die Gemeinde selbst habe auch viele Maßnahmen bereits gesetzt.

GGR Wolf berichtet über die Umweltausschusssitzung vom 13. November 2019 und bringt einige Eckdaten dem Gemeinderat zur Kenntnis.

Die Aktion „Stopp Littering“ gehöre verstärkt in die Schulen und sollten Projekte dazu erarbeitet werden.

Ebenso wurde der Dringlichkeitsantrag von GR Dr. Lueger bearbeitet. Inhaltlich habe man sich im Ausschuss nicht einigen können zu den einzelnen Punkten. Man hat aber letztendlich eine Empfehlung ausgesprochen:

- 1.) Die Gemeinde erkennt den Antrag inhaltlich als positiv, sie hat bereits Maßnahmen gesetzt und setzt sich zukünftig zum Ziel, bei allen Entscheidungen die Auswirkung auf das Klima zu berücksichtigen und Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf das Klima auswirken
- 2.) Bei zukünftigen Sitzungen soll dies bedeutend mitbedacht werden. Die Mitglieder des Gemeinderates werden aufgefordert, mögliche Klimaschutzmaßnahmen den Umweltausschuss zuzuführen.
- 3.) Weiters sieht es der Ausschuss für sinnvoll, einen eigenen Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzungen zu setzen, in der zum Beispiel solche Themen und Ideen Niederschlag finden können.

GGR Wolf spricht einige Beispiele an und meint, dass künftig eben Inhalte des Dringlichkeitsantrages von GR Dr. Lueger im „Hinterkopf“ behalten werden bzw. auch bei Entscheidungen berücksichtigt werden sollten.

GR Dr. Lueger betont, dass es bis gestern noch kein Protokoll vom Umweltausschuss gegeben hat. Es sieht so aus, dass jetzt offensichtlich sein Dringlichkeitsantrag seitens des Umweltausschusses in keinem Antrag an den Gemeinderat münde. Sein Antrag wurde inhaltlich als richtig gesehen, aber es wurden keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen, dieses Thema auf die lange Bank geschoben und es passiert leider nichts.

GGR Wolf betont, dass der Umweltausschuss keinen bindenden Beschluss fassen könne, das Thema Klimanotstand aber sehr wohl aufgearbeitet wurde.

Er betont, dass die Gemeinde schon sehr viel auf diesem Gebiet umgesetzt hat. St. Leonhard sei eine ländliche Gemeinde, wo viel CO<sup>2</sup> gebunden werde. Er nennt auch Beispiele im täglichen Leben die einen CO<sup>2</sup> Ausstoß verursachen.

Er verweist nochmals auf die 3 Empfehlungen des Umweltausschusses.

GR Dr. Lueger teilt mit, dass diese beispielhaft aufgezählten Argumente großteils falsch wären. Es gäbe Experten zum Thema Klimaschutz, die konkrete Maßnahmen aufzeigen würden. Grundsätzlich kenne er den Inhalt des Protokolls des Umweltausschusses nicht.

GGR Wolf verlangt die Protokollierung, dass er sich gegen die Behauptung von GR Dr. Lueger verwehre, dass er Falschaussagen mache.

Der Gemeinderat könne nur in seinem Aufgabenbereich Maßnahmen setzen bzw. Klimaschutzthemen bei Entscheidungen berücksichtigen. Die wirklich großen globalen Klimaschutzthemen werden auf anderen Entscheidungsebenen zu verantworten sein.

**GR Dr. Lueger** weist hin, dass der Beitritt zum Klimabündnis sicherlich sinnvoll ist, aber dies nicht ausreiche.

Die Situation verschärfe sich und stelle eine gefährliche Bedrohung dar. Die Durchschnittstemperaturen erhöhen sich und alljährlich gäbe es mehr Klimatote. Er stelle daher den **Zusatzantrag**, dass die in seinem Dringlichkeitsantrag angeführten Maßnahmen zusätzlich zum Beitritt Klimabündnis-Gemeinde durchgeführt bzw. beschlossen werden.

**GR DI Radlbauer** sieht Handlungsbedarf zum Thema Klimaschutz und stellt den **Antrag**, die Empfehlungen des Umweltausschusses zum Thema Klimaschutz – wie von GGR Wolf vorgetragen – zur Beschlussfassung, zusätzlich zum Beitritt Klimabündnis-Gemeinde, zu erheben.

Bgm. Resel betont, dass er selbst auf Grund der Kurzfristigkeit das Protokoll nicht gelesen bzw. den Inhalt nicht kenne und der Gemeindevorstand diese Empfehlung beraten bzw. in Folge dem Gemeinderat zur Entscheidung zuführen soll.

**GGR Wolf** stellt den **Antrag**, das Umweltausschuss-Protokoll bzw. die Empfehlungen des Umweltausschusses dem Gemeindevorstand vorzulegen - zur Vorbereitung für eine Entscheidung im Gemeinderat.

Bgm. Resel lässt nun über die vorliegenden Anträge abstimmen.

### **Antrag GGR Wolf**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass das Umweltausschuss-Protokoll mit den Empfehlungen des Umweltausschusses dem Gemeindevorstand vorzulegen ist – zur Vorbereitung für eine Entscheidung im Gemeinderat.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:** 13 JA-Stimmen,  
4 Stimmenthaltung (GR Hömstreit, GR Dr. Lueger, GR DI Radlbauer, GR Riedl).

### **Antrag GR DI Radlbauer**

Der Gemeinderat möge die Empfehlungen des Umweltausschusses zum Thema Klimaschutz zur Beschlussfassung, zusätzlich zum Beitritt Klimabündnis-Gemeinde, erheben:

- 1.) Die Gemeinde erkennt den Dringlichkeitsantrag von GR Dr. Lueger inhaltlich als positiv, sie hat bereits Maßnahmen gesetzt und setzt sich zukünftig zum Ziel, bei allen Entscheidungen die Auswirkung auf das Klima zu berücksichtigen und Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf das Klima auswirken.
- 2.) Bei zukünftigen Sitzungen soll dies bedeutend mitbedacht werden. Die Mitglieder des Gemeinderates werden aufgefordert, mögliche Klimaschutzmaßnahmen den Umweltausschuss zuzuführen.
- 3.) Weiters sieht es der Ausschuss für sinnvoll, einen eigenen Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzungen zu setzen, in der zum Beispiel solche Themen und Ideen Niederschlag finden können.

**Abstimmung:** 2 JA-Stimmen (GR DI Radlbauer, GGR Schönbichler),  
7 Gegenstimmen (Bgm. Resel, GR Berger, Vizebgm. Gruber, GR Enigl,  
GGR Wolf, GR Huber, GR Emsenhuber),  
8 Stimmenthaltungen.

Der Antrag von GR DI Radlbauer hat nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht und gilt daher als abgelehnt.

### **Antrag Bgm. Resel**

Der Gemeinderat möge den Beitritt zum Klimabündnis (Klimabündnis-Gemeinde) per 1.1.2020 beschließen, wobei das Land NÖ 50% des Mitgliedsbeitrages für 1 Jahr übernimmt.

Die akutell diskutierten Klimaschutzthemen werden in weiterführenden Aktivitäten, unter Einbindung der Bevölkerung mit Experten aufgearbeitet.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:** Einstimmig.

### **Zusatzantrag GR Dr. Lueger (ident mit Dringlichkeitsantrag)**

Der Gemeinderat möge die in seinem heutigen Dringlichkeitsantrag angeführten Maßnahmen zusätzlich zum Beitritt Klimabündnis-Gemeinde beschließen:

Die Marktgemeinde St. Leonhard am Forst

1. erklärt den Klimanotstand und erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an;
2. erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen der öffentlichen Gebietskörperschaften nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen;
3. setzt sich zum Ziel, Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen zu berücksichtigen, und Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken;
4. setzt sich zum Ziel, alle bestehenden, in ihrem Einfluss stehenden, Gesetze, Verordnungen bzw. Maßnahmen in Bezug auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz, zu überprüfen insbesondere in den Bereichen Raumordnung, Raumplanung, Verkehrsplanung und Energie und bemüht sich diese im Sinne der angestrebten 1,5 °C Ziele anzupassen;
5. orientiert sich bei Maßnahmen in Bezug auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz an den Berichten des "IPCC-Intergovernment Panel on Climate Change" und des "APCC - Austrian Panel on Climate Change" und den Einschätzungen von Expertinnen und Experten aus dem Klima- und Umweltbereich;
6. setzt sich zum Ziel, laufend Maßnahmen zum Beschluss vorzulegen, welche den Ausstoß von Treibhausgasen nachweislich und massiv verringern, und die Emissionen bis 2030 auf Netto-Null zu reduzieren;

7. wird die Öffentlichkeit regelmäßig über ihre Fortschritte und Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise informieren;
8. fordert auch andere Gebietskörperschaften dazu auf, den Klimanotstand auf nationaler Ebene zu erklären und die Bevölkerung Österreichs umfassend über die Klimakrise, ihre Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Klimakrise ergriffen werden, zu informieren;
9. fordert eine gleichlautende Beschlussfassung im österreichischen Gemeindebund;
10. befürwortet das Klimavolksbegehren und ruft die Gemeindebürger\*innen auf, das Klimavolksbegehren zu unterstützen; und
11. wird in den nächsten Gemeindenachrichten über diesen Beschluss informieren.

**Abstimmung:** 4 JA-Stimmen (GR DI Radlbauer, GR Dr. Lueger, GR Riedl, GR Hömstreit),  
9 Gegenstimmen,  
4 Stimmenthaltungen (GR Riegler-Nurscher, GR Baumgartner,  
GR Buresch, GGR Schönbichler).

Der Zusatzantrag von GR Dr. Lueger hat nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht und gilt daher als abgelehnt.

## **Punkt 05.) – Streunerkatzen-Kastrationsaktion.**

Von der Tagesordnung abgesetzt.

## **Punkt 06.) – Ankauf Drehleiter.**

Das Abschnittsfeuerwehrkommando Mank kauft eine gebrauchte Drehleiter von der FF Stockerau um 100.000 Euro.

Die 8 Gemeinden des Abschnittes Mank zahlen 2/3 vom Ankaufspreis sowie das 10-jährige große Service (höchstens 20.000 Euro) entsprechend dem Einwohnerschlüssel.

Die Drehleiter wird in Mank stationiert und es werden Feuerwehrmitglieder auf dieses Fahrzeug/Drehleiter geschult.

Die Stadtgemeinde Mank wird für die jährlichen Kosten aufkommen. Weiters müssen die Wehren des Abschnittes Mank jährlich Euro 300,00 aufbringen.

### **Antrag Bgm. Resel**

Der Gemeinderat möge der anteiligen Finanzierung (2/3 vom Ankaufspreis nach dem Einwohnerschlüssel der 8 Gemeinden des Abschnittes Mank) die Zustimmung erteilen.

Weiters die Übernahme des 10-Jahres-Services anteilig nach dem Einwohnerschlüssel.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:** Einstimmig.

## **Punkt 07.) – Haushaltsrücklagen.**

Durch den Übergang auf das neue Rechnungssystem ab dem 1. Jänner 2020 ist es nicht möglich etwaige Überschüsse/Fehlbeträge in die Projekte mit zu übernehmen.

Es ist geplant etwaige voraussichtliche Ist-Überschüsse bis spätestens 31. Dezember 2019 einer Haushaltsrücklage zuzuführen.

Über diese Rücklagen können die Zahlungen im Jahr 2020 getätigt werden.

Auf Anfrage von GR Dr. Lueger teilt der Schriftführer mit, dass die Grundlage für diese Transaktionen die VRV 1997 und VRV 2015 bilde.

**Antrag Bgm. Resel**

Der Gemeinderat möge beschließen, dass auf Grund der Empfehlungen des Amtes der NÖ Landesregierung die voraussichtlichen Ist-Überschüsse per 31.12.2019 einer Haushaltsrücklage noch im Haushaltsjahr 2019 zugeführt werden.

**Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:** 16 JA-Stimmen, 1 Gegenstimme (GR Dr. Lueger).

**Punkt 08.) – Voranschlag für das Haushaltsjahr 2020.**

Bgm. Resel berichtet über den vorliegenden Voranschlagsentwurf 2020, welcher nach den Richtlinien des neuen Rechnungssystems erstellt wurde.

Das neue Rechnungssystem sieht nunmehr keine Trennung mehr vor zwischen dem sogenannten „Ordentlichen“ und „Außerordentlichen“ Haushalt.

Dem Gemeinderat wurden am 2. Dezember 2019 die Eckdaten des Budgets 2020 präsentiert. Während der Auflagefrist sind keine schriftlichen Stellungnahmen eingelangt.

Im Ergebnishaushalt sind Erträge mit 6,258.000 Euro und Aufwendungen mit 5,780.000 Euro ausgewiesen. Der Saldo weist ein Nettoergebnis unter Berücksichtigung der Haushaltsrücklagen in Höhe von 427.300 Euro aus.

Im Finanzierungshaushalt (Einzahlungen und Auszahlungen aus der operativen Gebarung, investiven Gebarung und aus der Finanzierungstätigkeit) ist ein Saldo aus dem Geldfluss der veranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von -31.700 Euro ausgewiesen. Das Haushaltspotential beträgt 10.000 Euro.

Die größeren Budgetpositionen in der operativen Gebarung finden sich im Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag wieder:

- .) Aufwendungen und Pflichtausgaben im Kindergarten- und Schulwesen (Schulumlagen)
- .) Aufwendungen im Sozial- und Gesundheitswesen (NÖKAS-Umlage im Bereich der Spitalsfinanzierung und die Sozialhilfeumlage)

Im Projektnachweis sind folgende Investitionen/Projekte zur Umsetzung im Haushaltsjahr 2020 enthalten:

<b><u>Feuerwehren</u></b>		278.000
Fahrzeuge	260.000	
Kapitaltransfer an Träger öff.Rechts	18.000	
<b><u>Finanzierung:</u></b>		
Bankdarlehen	160.000	
Beitrag Feuerwehr	68.000	
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	50.000	
<b><u>Gemeindestraßenbau</u></b>		685.000
Baukosten Siedlungs-Betr.Straßen	415.000	
Kosten der Straßennebenanlagen	10.000	
Haltestellen-Busbuchten	25.000	
Kosten der Straßenbeleuchtung	230.000	
Instandhaltung Straßenbauten	5.000	
<b><u>Finanzierung:</u></b>		
Bankdarlehen	480.000	
Bedarfszuweisung	170.000	
Landesbeitrag-Dorferneuerung	10.000	
Landesbeiträge	25.000	
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	0	
<b><u>Güterwege-Instandhaltung</u></b>		70.000
Straßenbauten	70.000	

Finanzierung:

Bedarfszuweisung	7.500
Beihilfe des Landes, Güterwegebau	7.500
Interessentenbeiträge	15.000
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	40.000

**Ufer- und Hochwassersicherung**

170.000

Hochwasserschutzbauten	170.000
------------------------	---------

Finanzierung:

Bankdarlehen	70.000
Bundesbeitrag	50.000
Landesbeitrag	17.000
Gemeindebeiträge	33.000
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	0

**Friedhof**

15.000

Sonderanlagen	15.000
---------------	--------

Finanzierung:

Bankdarlehen	15.000
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	0

**Grundverkehr**

110.000

Grunderwerb	110.000
-------------	---------

Finanzierung:

Bankdarlehen	110.000
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	0

**Volkshaus-Sanierung**

280.000

Gebäude-Baukosten	120.000
-------------------	---------

Sonderanlagen	160.000
---------------	---------

Finanzierung:

Bankdarlehen	150.000
Bedarfszuweisung	110.000
Landesbeiträge	20.000
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	0

**Wasserversorgung**

370.000

Baukosten Bauprogramm WVA	303.000
---------------------------	---------

Wasserleitungserweiterungen	7.000
-----------------------------	-------

Baukosten BA14	10.000
----------------	--------

Vorzeitige Darlehenstilgungen	50.000
-------------------------------	--------

Finanzierung:

Bankdarlehen	275.000
Beitrag Bund Kommunalkredit	10.000
Beitrag NÖ LWWF	70.000
Gemeindebeiträge	10.000
Anschlussgebühren	5.000

**Abwasserbeseitigung**

215.000

Baukosten Abwasserbeseitigung	205.000
-------------------------------	---------

Baukosten Abwasserbeseitigung Erw.	10.000
------------------------------------	--------

Finanzierung:

Bankdarlehen	150.000
Beitrag Bund Kommunalkredit	15.000
Beitrag NÖ LWWF	40.000
Anschlussgebühren	10.000

<b><u>Breitband-Ausbau</u></b>		60.000
Rohrleitungen	60.000	
<b><u>Finanzierung:</u></b>		
Förderung Bund	40.000	
Sonstige Erträge–Operativ-Investiv	20.000	
<b><u>Darlehensverrechnung</u></b>		2.600
Zinsen f. Finanzschulden, Kapitalisier.	2.600	
<b><u>Finanzierung:</u></b>		
NÖ WWF WVA BA 03	200	
NÖ WWF WVA BA 04	100	
NÖ WWF ABA BA 06	600	
NÖ WWF ABA BA 07	100	
NÖ WWF ABA BA 08	500	
NÖ WWF ABA BA 09	400	
NÖ WWF WVA BA 07	100	
NÖ WWF WVA_BA01	200	
NÖ WWF WVA BA 09	200	
NÖ WWF WVA BA 10	200	

---

Gesamtsumme Projektnachweis/Investitionen **€2.255.600**

Für folgende Projekte wird um Bedarfszuweisung angesucht:

Gemeindestraßenbau	170.000 €
Volkshaus-Sanierung	110.000 €
Güterwege-Instandhaltung	7.500 €
(Bedarfszuweisung I	230.000 €).

Für folgende Projekte sind Darlehensaufnahmen vorgesehen:

Feuerwehren	160.000
Gemeindestraßenbau	480.000
Ufer- und Hochwassersicherung	70.000
Friedhof	15.000
Grundverkehr und Aufschließung	110.000
Wasserversorgung	275.000
Abwasserbeseitigung	150.000
Volkshaus-Sanierung	150.000
Darlehensverrechnung, Zinsenkap.	2.600
Summe Darlehensaufnahmen	1.412.600

Der Schuldenstand zum 31.12.2019 beträgt voraussichtlich 7.214.400 €

Bei Darlehensaufnahmen in Höhe von 1.412.600 € und Darlehenstilgungen in Höhe von 650.800 € ergäbe sich per 31.12.2020 ein Schuldenstand von 7.976.200 €

Die Darlehenszinsen betragen für das Jahr 2020 89.100 €, die Darlehensersätze (Zinsen- und Annuitätenzuschüsse) betragen 126.200 €

GR DI Radlbauer weist hin, dass in Absprache mit der Gemeinde Ruprechtshofen vereinbart wurde, dass die Badstraße gemeinsam mit der Schulstraße in Ruprechtshofen saniert wird. Dazu gäbe es jedoch kein Protokoll. Diese Maßnahme wurde von Herrn Bürgermeister ins Jahr 2021 verschoben. Die Asphaltierung Sandweg sei lt. Arbeitspapier im Jahr 2020 geplant.

Bgm. Resel betont, dass mittlerweile auf Grund des Ausbaus der öffentlichen Buslinien eine Konzessionierung stattfand und die Gemeinde Baumaßnahmen setzen muss. Hier ergibt sich eine höhere Priorität und es wird eine Umschichtung der Budgetmittel anstelle des

Straßenabschnittes „Sandweg“ stattfinden müssen. Zur Badstraße weist Bgm. Resel hin, dass er von einer Absprache mit Ruprechtshofen keine Kenntnis hätte bzw. kein Gespräch darüber mit ihm geführt wurde.

Im übrigen seien in den letzten Jahren in neuen Siedlungsbereichen, welche fast zur Gänze bebaut sind, auch Asphaltierungen durchgeführt worden. So werde auch der Sandweg (weil bis auf 1 Parzelle bebaut) auch ins nächste freie Straßenbaubudget aufgenommen.

GR Huber weist auf die hohe Verschuldung mit Jahresende 2019 hin. Im Jahr 2020 werden noch weitere 1,4 Mio. Euro zusätzlich Schulden aufgenommen.

Dies sei nicht vertretbar, auch mit dem Wissen, dass in den Folgejahren 2021/22/23 der dringende Hochwasserschutz zu finanzieren ist.

GR Dr. Lueger schließt sich dieser Wortmeldung an.

Er könne diesem Budget, wo Projekte mit Schulden finanziert werden, nicht zustimmen.

Er sehe in der Schuldenentwicklung eine Gefährdung der Zukunft unserer Gemeinde.

GR Riedl betont, dass im Voranschlag 2020 die Einnahmen (Darlehen-Kredite) die Schulden der Zukunft sind und er daher dem Voranschlag nicht zustimmen werde.

Bgm. Resel weist hin, dass der Hochwasserschutz ein vordringliches gemeinsames Projekt mit der Gemeinde Ruprechtshofen sei.

Beim Projekt Dangelsbach sei der nächste Schritt mit den Grundeigentümern die erforderlichen Übereinkünfte abzuschließen. Die Projektrealisierung wäre nach Abschluss aller behördlichen Bewilligungen und Fördereinreichung für 2025 geplant.

### **Antrag Bgm. Resel**

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Voranschlags-Entwurf 2020 (Auflage 27.11.2019) beschließen.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

Der Gemeinderat beschließt den Voranschlag 2020 in der vorgelegten Form (Auflage 27.11.2019), den Dienstpostenplan sowie den Mittelfristigen Finanzplan (Vorschau bis ins Jahr 2024). Die Summe der Darlehensaufnahmen zur Finanzierung der Projekte lt.

Investitionsnachweis wird in Höhe von 1.412.600 Euro beschlossen.

**Abstimmung:** 10 JA-Stimmen,  
7 Gegenstimmen (SPÖ-Fraktion, F-Fraktion, GR Dr. Lueger  
GR DI Radlbauer).

### **Punkt 09.) – Bericht Gebarungsprüfung.**

Die Sitzung des Prüfungsausschusses fand am 2. Dezember 2019 statt.

Obmann GR Huber bringt den Bericht zur Kenntnis.

Der Bargeldbestand wurde mit der Handkassa kontrolliert und die Übereinstimmung festgestellt.

Die Belege wurden stichprobenweise überprüft und keine Unregelmäßigkeiten festgestellt.

In die Überstundenaufzeichnungen der Gemeindemitarbeiter wurde Einsicht genommen.

Ebenso wurde in die letzten beiden Vorstandsprotokolle Einsicht genommen und es wird um Aufklärung zu einer Gewerbeförderung in Höhe von 3.000 Euro ersucht.

In den Voranschlag 2020 wurde Einsicht genommen bzw. an der Budgetpräsentation teilgenommen.

Alte, nicht mehr verwendbare Wertscheine, wurden unter Aufsicht des Prüfungsausschusses vernichtet und im Protokoll festgehalten.

Zu den angefragten Wegebaumaßnahmen Handl, Kirchwegger und in Reith bei Weichselbach teilt Bgm. Resel mit, dass diese Maßnahmen erst im Jahr 2020 durchgeführt werden.

Es werden dazu noch weitere Kostenvoranschläge eingeholt, da die vorliegenden Kostenvoranschläge überhöht erscheinen.

Nach Rücksprache mit den Betroffenen/Anrainern wird der Gemeindevorstand bzw. Gemeinderat einen Auftrag im Jahr 2020 erteilen.

Zur Gewerbeförderung der Greisslerei teilt Bgm. Resel mit, dass die Greisslerei eine Betriebserweiterung am Hauptplatz durchgeführt hat und es zu Abwerbungsversuchen kam. Während der Umbauarbeiten ist die Greisslerei in die Kirchenstraße ausgewichen. Bgm. Resel betont, dass diese im Gemeindevorstand beschlossene Gewerbeförderung für den Geschäftsumbau als Standortabsicherung für einen nachhaltigen Betrieb als Nahversorger im Ortszentrum und als Gegenleistung für vielfältige Kooperationen zwischen Gemeinde und Greisslerei zu sehen ist.

Individuelle Unterstützungen seitens der Gemeinde werde es auch für andere Betriebe geben, die im Ortszentrum entsprechende nachhaltige Betriebslösungen umsetzen.

GR Dr. Lueger verlangt die Protokollierung, dass es grundsätzlich keine Garantien gebe. Er finde es durchaus überlegenswert und wichtig Firmen am Hauptplatz / im Zentrum zu halten. Er halte jedoch Einzelmaßnahmen für fragwürdig.

Er begrüße sehr, dass die Greisslerei am Hauptplatz existiere und er sei auch Kunde. Aber die Vorgangsweise der Gewerbeförderung finde er fragwürdig.

Bgm. Resel bedankt sich beim Obmann für den Bericht.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Prüfungsausschusses zur Kenntnis.

#### **Punkt 10.) – Subventionsansuchen.**

Es liegen folgende Subventionsansuchen zur Behandlung vor:

##### Singgemeinschaft Ruprechtshofen-St.Leonhard

Die Singgemeinschaft sucht um eine Subvention in Höhe von Euro 800,00 an.

Im Herbst 2020 finden in unseren beiden Gemeinden weltliche Konzerte statt. Im Vorfeld werden Singseminare abgehalten.

##### Billardsportverein Leonhofen

Der BSV Leonhofen sucht um eine Subvention in Höhe von Euro 1.000,00 an und wird für Miete/Fixkosten verwendet.

Der BSV spielt in der 1. Bundesliga und hat Bedarf für zusätzliche Ausstattung (Zähltafeln und Live-Übertragung) sowie größere Instandhaltungen.

##### Subvention FF Diesendorf

Die FF Diesendorf sucht um die Jahressubvention in Höhe von Euro 3.000,00 an.

#### **Antrag Bgm. Resel**

Der Gemeinderat möge folgende Subventionsbeträge genehmigen:

- |  |               |
|--|---------------|
| .) Singgemeinschaft Ruprechtshofen-St.Leonhard | Euro 800,00   |
| .) Billardsportverein Leonhofen                | Euro 1.000,00 |
| .) Subvention FF Diesendorf                    | Euro 3.000,00 |

#### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:** Einstimmig.

GR Mag. (FH) Haas war kurzfristig nicht im Sitzungssaal und hat nicht mitgestimmt.

## **Punkt 10.a) – Anfragen an den Bürgermeister.**

Bgm. Resel berichtet über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag von GR Riedl.

GR Riedl berichtet, dass es früher solche Anfragemöglichkeiten gegeben hat, diese jedoch dann abgesetzt wurden.

GGR Wolf meint, dass es durchaus sinnvoll wäre bei aktuellen Themen eine Anfrage oder Mitteilung an den Gemeinderat richten zu können.

### **Antrag GR Riedl**

Der Gemeinderat soll beschließen, dass jeder Fraktion eine Anfrage pro Sitzung, ohne Dringlichkeitsantrag genehmigt wird.

### **Begründung:**

Anfragen an den Bürgermeister oder Gemeindevorstand sind oft sinnvoll und informativ. Es erlaubt auch kleinen Fraktionen an Entscheidungen mitzuwirken.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:** Einstimmig.

## **Punkt 10.b) – Solidaritätsbeitrag Marktplatz.**

Bgm. Resel berichtet über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag von GR Riedl.

GGR Wolf hält fest, dass es dazu keine gesetzliche Grundlage gäbe. Die FPÖ-Fraktion habe vor den Kosten vom Hauptplatz-Projekt gewarnt.

GR Huber meint, dass dies ein Thema für die Gemeinderäte wäre, die für das Hauptplatz-Projekt gestimmt hätten.

### **Antrag GR Riedl**

Der Gemeinderat wolle beschließen, den Jännerbezug aller Gemeinderäte als Solidaritätsbeitrag für die Schuldentrückzahlung zu verwenden.

### **Begründung:**

Der Gemeinderat hat im Laufe der Marktplatzgestaltung die Kostenvorgabe und das Budget kräftig überzogen, daher ist es reell den Jännerbezug der Gemeinderäte für die Schuldentrückzahlung zu verwenden. Es haben nur 1 bis 3 Gemeinderäte immer gegen die erhöhten Ausgaben gestimmt.

**Abstimmung** über den vorliegenden **Dringlichkeitsantrag von GR Riedl** wie eingangs zu diesem Tagesordnungspunkt protokolliert:

4 JA-Stimmen	GR Riedl, GR Buresch, GR Dr. Lueger, GR DI Radlbauer,
12 Gegenstimmen-Stimmen	
1 Stimmenthaltung	GGR Mag. (FH) Haas

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag von GR Riedl hat nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erreicht und gilt daher als abgelehnt.

---

*Über etwaige schriftliche Einwendungen von Mitgliedern des Gemeinderates gegen den Inhalt dieses Sitzungsprotokolls wird in der nächsten Sitzung abgestimmt, ansonsten gilt dieses Sitzungsprotokoll als genehmigt.*